

«Schnapsideen» für die Zukunft der Uni

Der Grosse Rat bewilligt 771 Millionen bis 2029. Falls sich Baselland zurückzieht, soll die Stadt nicht einfach in die Bresche springen.

Hans-Martin Jermann

Die Nachricht des Tages ist rasch erzählt: Die Universität Basel erhält von den beiden Trägerkantonen in den kommenden vier Jahren insgesamt 1 Milliarde und 504 Millionen Franken. Nach dem Baselbieter Landrat in der Vorwoche hat am Mittwoch der Basler Grosse Rat dem Leistungsauftrag 2026 bis 2029 zugestimmt und 771 Millionen bewilligt. Das ist etwas mehr als der Betrag aus dem Baselbieter (733 Mio. Fr.).

Die Politik blickt allerdings bereits in die fernere Zukunft. Baselland hat bereits angekündigt, die Uni-Finanzierung für die Zeit ab 2030 überprüfen zu wollen. Die Regierungen beider Basel haben sich geeinigt, hierzu eine Arbeitsgruppe einzusetzen. Im Grossen Rat sorgen die Töne aus Liestal für Unsicherheit und Ernüchterung.

Er dachte, mit der Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kantone bei der Verteilung des Restdefizits seien die Diskussionen vom Tisch, führte FDP-Sprecher David Jenny in der gut einstündigen Debatte aus. Dem sei offensichtlich nicht so. Die Arbeitsgruppe soll auch untersuchen, ob der Standortvorteil, der Basel-Stadt mit 10 Prozent des Restdefizits in Rechnung gestellt wird, dem tatsächlichen Nutzen des Kantons entspricht.

Life Sciences in eine neue ETH auslagern?

Es sei nichts dagegen einzuwenden, dass der Wert dieses Standortvorteils nun untersucht werde, sagte Jenny. «Die Diskussion ist allerdings etwas seltsam, wenn man sich vor Augen führt, dass Baselland erst vor Kurzem von sich aus auf den Umzug zweier Uni-Fakultäten ins Baselbiert verzichtet hat.»

Zuletzt wurden im Umfeld der Parlamente, aber auch in den Medien zahlreiche Vorschläge herumgeboten, wie die Uni ab 2030 zu mehr Geld kommen könnte. Er bringe nun auch noch seine Schnapsideen ein,



Der Basler Erziehungsdirektor Mustafa Atici im Grossen Rat.

Bild: Michael Fritsch/zvg

sagte Jenny: Ein Teil der Uni Basel, zum Beispiel die Life Sciences, könnten in eine dritte ETH ausgelagert werden.

Die auch in der Baselbieter Gemeinde-Initiative enthaltene Forderung, mit einer Änderung der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV) Nicht-Unikantone wie Aargau und Solothurn stärker zur Kasse zu bitten, wird im Basler Parlament kritisch beurteilt. Weniger das Anliegen selbst als dessen Umsetzbarkeit: Das pointierte Statement von SVP-Sprecher Joël Thüring dürfte die Mehrheitsmeinung auf den Punkt bringen. «Das ist ein totes Pferd. Es ist sinnlos, dieses weiterzureiten.»

Wie sich Basel-Stadt bei einem Rückzug des Baselbiets verhalten soll, dürfte noch kontrovers diskutiert werden. Thüring machte eine Ansage: «Ich bin nicht bereit, für Ausfälle aus Baselland einzustehen.» Ähnlich äusserte sich Heidi Mück (Basta). «Klar ist, dass Basel-Stadt nicht unendlich in die Bresche springen kann.»

Linke fordern: Parlament soll mitverhandeln

Vor allem von linker Seite wurde zudem die Forderung laut, die grossrätliche Bildungs- und Kulturkommission (BKK) bei den Verhandlungen mit Baselland frühzeitig einzubinden. SVP-Sprecher Thüring schüttelte den Kopf: «Wenn 100 Grossräte und 90 Landräte in die Uni-Verhandlungen eingebunden werden – gute Nacht.»

Erziehungsdirektor Mustafa Atici würdigte das Verhandlungsergebnis als guten Kompromiss. «Für uns ist zentral, dass die Partnerschaft weitergeht.» Er versicherte, dass die Regierung für die nachhaltige Finanzierung der Uni alle Möglichkeiten prüfen werde. Atici nimmt auch die Universität in die Pflicht: Diese müsse sich Gedanken machen, in welchen Bereichen die Studierendenzahlen gezielt wachsen sollen – und wo nicht. Effizienzgewinne sieht Atici in einer intensiveren Kooperation der Universitäten.

Chemie-Neubau für 234 Millionen Franken

Der Zeitpunkt ist Zufall. Mit der politischen Debatte um die künftige Finanzierung der Universität startet das Baubeginnen für einen nächsten Bau mit universitärer Nutzung. Auf dem Rosental-Areal soll ein sechsstöckiger Labor- und Bürobau entstehen. Im «Haus 6», so der Name des Gebäudes, sind die Etagen zwei bis fünf für das Departement Chemie der Universität Basel reserviert.

Der Bau ist das kantonale Vorzeigeprojekt für die Transformation des alten Industrieareals Rosental, das sich zum durchmischten Stadtteil entwickeln soll. Die Finanzierung

übernimmt der Kanton aus dem Finanzvermögen. Die Universität zieht als Mieterin ein. Ebenso soll das Gebäude öffentlich zugänglich sein.

Das erste Obergeschoss wird zur Begegnungszone ausgebaut; es soll sowohl für den universitären Betrieb bereitstehen als auch für Drittmieter, die etwa für das sechste Geschoss gesucht sind.

Gemäss Baupublikation betragen die eigentlichen Baukosten 234 Millionen Franken. Auch wenn die Universität sich bloss einmietet, wird der Umzug dennoch zu einem Kosten treiber, der schon heute die De-

batte um die Finanzierung der Hochschule nach 2030 antreibt.

Das Departement Chemie hat seinen Hauptstandort heute noch auf dem erweiterten Schällemätteli-Areal im St. Johann. Die dortigen Gebäude sind allerdings stark in die Jahre gekommen. Ob, wie und auch wann allenfalls auf diesem so genannten «Baufeld 4» die Departemente Physik, physikalische Chemie, Chemie und Anatomie neue Arbeitsstätten erhalten, ist weitgehend offen.

Zum einen schrecken die erwarteten Baukosten ab, die nach der derzeit gültigen Maxime von der Universität getragen

werden müssten. Vor allem bei den Immobilienkosten wollen die Baselbieter auf die Bremse stehen. Unterstützung würden sie zum anderen bei den städtischen Heimatschützern finden, die sich vehement gegen einen Abriss der Gebäude einsetzen.

Wenn voraussichtlich 2029 das «Haus 6» bezugsbereit sein wird, kann sich das Departement Chemie jedenfalls auf einen längeren Verbleib auf dem Rosental-Areal einrichten. Es wäre nicht das erste Provisorium, das überdauert – auch wenn nicht vorgesehen ist, dass Unibauten aus dem Basler Finanzvermögen finanziert werden. (cm)